

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schelbenöpfereien und Glasereien, in Puher- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
 Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
 Bestellungen nur durch die Post
 Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauwerksbund
 Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Carl.
 Arbeitsmarkt die dreispaltige Kleinzeile 3 M.,
 Anzeigen der Bauwerkerschaften Zeile 50 M.



Weihnachtsabend -- durch Nacht und Zeit
 Klingt fröhliches Weihnachtsglockengeläut
 Und es erkönt der gedämpfte Gesang
 Der frohen Verheißung an Siebeln entlang . . .

Weihnachtsabend -- Friede auf Erden,
 Friede soll allen Menschen werden --
 Also flüstert der fromme Gesang,
 Sehnsuchtsvoll, gläubig und hoffnungsang . . .

Weihnachtsabend -- In heiligen Hallen
 Träumt es: Der Menschheit ein Wohlgefallen,
 Träumt es im Rhythmus gedämpfter Töne
 Von Menschenglück und von Erden schöne . . .

Weihnachtsabend -- Im Lichterglanz
 Grünet der Hoffnung hellerschimmernder Kranz,
 Freude schwillt auf, der Tannenbaum glüht,
 Zukunftsvertrauen die Herzen durchzieht!

Weihnachtsabend -- Zukunftsvertrauen
 Tut not, um die schönere Zukunft zu bauen --
 Doch Hoffnung ist fröhlicher, Hoffnung wird fad,
 Wenn dem Wunsche nicht folgt die befreiende Tat!

Weihnachtsabend -- O träumet nicht!
 Rafft Euch zur Tat und säumet nicht!
 Ihr könnt den Frieden Euch nicht ersingen --
 Ihr müßt darum kämpfen, Ihr müßt ihn erzingen!

Einig, geschlossen in dichten Reihen
 Müßt Ihr dem Kampf um den Frieden Euch weihen,
 Wollt Ihr den Frieden, Ihr Männer und Frauen,
 Müßt Ihr Euch selber das Friedenshaus bauen!

Noch sind die Dämonen der Zwiefracht am Werke,
 Noch wüflet das Unrecht mit grausamer Stärke,
 Noch stöhnet die Menschheit im schmutzigen Kot
 Anwürdiger Knechtschaft, Entsagung und Not!

Drum frohig zum Kampfe! Das Ziel ist groß!
 Nur selber schmiedet Ihr Euch Euer Los!
 Seid einig und kampffroh in allen Dingen,
 Dann werdet Ihr Frieden und Freiheit erringen!

Weihnachtsabend -- Ein letztes Licht
 Flackert voll Ohnmacht, die Flamme bricht --
 Dunkelheit webt wie im finsternen Schach,
 Flüsternd umhüllt uns die düstere Nacht . . .

Da -- ein Schimmer! Das Dunkel entflieht,
 Leuchtend und strahlend der Sonnenball zieht
 Ueber die Erde in purpurner Pracht --
 Und das Volk dieser Erde erwacht!

Sieghaft stürzt es die Tyrannei!
 Freudig jauchzt es: Die Menschheit ist frei!
 Und erlöst aus des Mammons gierigen Krallen
 Lacht allen Friede und Wohlgefallen!

Caefs.

Ein Nachwort zur Aussperrung an der Ruhr.

Noch durchzittern die mit dem großen Wirtschaftskampf im Ruhrgebiet aufgeworfenen Probleme die öffentliche Meinung. Die Aussperrung selbst ist aufgehoben; langsam sind die Betriebe wieder in Gang gekommen. Severings' Schiedspruch, dem sich beide Parteien beugen wollen, liegt noch nicht vor. Der „kleine Metallarbeiter“ wird starken Un dank erleben. Auf beiden Seiten wird man mit seinem Schiedspruch nicht zufrieden sein, vor allem wird die unentwegte KPD-Prese Severings' Entscheidung als „unerhörten Schandspruch“ nach Strich und Faden vermöbeln. Das ist allerdings nicht entscheidend. Der KPD-Prese ist der Schiedspruch an und für sich Würsch. Aber er bietet weiteren Verheßungsstoff. Und das ist ihr die Hauptsache.

Vergegenwärtigen wir uns nochmals kurz Ausbruch und Ursache dieses großen Kampfes. Ein verbindlich erklärter Schiedspruch lag vor, der der rheinisch-westfälischen Metallindustrie jährlich rund 15 Millionen Mehrausgabe für Arbeitslöhne verursacht hätte. Diesen Schiedspruch erklärten die Unternehmer für „untragbar“. Sie lehnten sich über Gesetz und Recht hinweg und warfen einige hunderttausend Beschäftigte aufs Straßenspalt. Die dadurch veranlaßten Arbeitsausfälle und Sachschäden verursachten den Unternehmern 500 Millionen Mark Einbuße. Das war für die Schwerindustrie „tragbar“. Nicht aber die Bagatelle von 15 Millionen Mark jährlicher Lohnerhöhung.

Daraus erhellt ohne weiteres, daß es sich nicht um die Lohnerhöhung handelte. Den Unternehmern ging es um andere Dinge. Ihnen ging es um den Schiedspruch und seine Verbindlichkeit. Ihnen ging es um einen Machtkampf gegen Staat, Recht und Gesetz. Die Eisenbarone wollten mit allen Mitteln ihre „Rechtsauffassung“ durchsetzen. Ihr Streich war ein Hufeisen gegen die Sozialgesetzgebung und gegen das noch in seinen Anfängen stehende Arbeitsrecht. Das Recht des Staates, in Arbeitskonflikte durch Schiedsprüche einzugreifen und sie durch die Verbindlichkeit zum Gesetz für beide Teile zu erheben, sollte zerbrochen werden. Die Unternehmer wollten sich nicht der Autorität des Staates beugen. Sie wollten unbeschränkte Gebieter im Betriebe sein. Frech stellten sie den Grundgesetz auf: Wir sind der Staat! Ihr Stolz zielt in das Herz des Arbeitsrechts. Sie kämpfen für die Souveränität der sogenannten Wirtschaftsführer. Sie wollen kein Gemeininteresse in Form des Staates über sich bilden.

Warum ging es. Das wurde auch unverhohlen in der Unternehmerprese ausgesprochen. Naiv und unvertreten fragte die „Deutsche Bergwerkszeitung“: Kann es überhaupt Aufgabe des Staates sein, irgendeinen Teil der Bevölkerung (lies: den Arbeiter) ein bestimmtes Einkommen ohne Berücksichtigung der jeweiligen Wirtschaftslage zu garantieren? Kann man jemand zum Staatsrebellens stempeln, der gewungen ist, seinen Betrieb stillzuliegen, weil die ihm durch Gesetz aufgewungene Lohnhöhe seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überschreitet? Wie kann es der Staat mit seinem ureigensten Wesen, das in absoluter Ueberparteilichkeit, in unbeeinträchtigt und strengster Sachlichkeit besteht oder wenigstens bestehen sollte, vereinbaren, in einen rein privatwirtschaftlichen Streit nicht nur moralisch, sondern sogar materiell einzugreifen zugunsten des einen Teiles gegen den andern? Ein solcher Staat hat den Anspruch auf die Bezeichnung Staat vermisst; er sinkt zur organisierten Interessenvertretung bestimmter Volksschichten und Parteilgruppen herab.

Fürwahr, eine kühne Sprache! Stolz will ich den Eisenbaronen! Doch uns imponiert diese Sprache nicht. Zum Bankrott der Eisenbarone — wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ einreden möchte — hätte der verbindlich erklärte Schiedspruch bei seiner Befolgung absolut nicht geführt. Das hat diese Aussperrung gezeigt, die dreifachen Schaden angerichtet hat. Zum Lachen reizt die Art und Weise, wie dieses Unternehmerblatt den Richterstab der Eisenbarone über dem Haupt des Staates feierlich zerbricht. Ah, in jenen Zeiten der Bismarckära und den späteren Zeiten Wilhelms des Säbelrasselers gehörte es zur Obliegenheit, zur unbedingten Verpflichtung der Staatsleitung, bei jedem Arbeitskonflikt gegen die Arbeiter Partei zu nehmen! Wie sagte doch damals der Minister Bötticher zu den Unternehmern: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! Das hielt man damals für ganz in der „Ordnung“. Und die Unternehmer priesen diesen Staat als ein Jümel von Vortrefflichkeit und Gerechtigkeit. Heute aber, wo es etwas mehr links herum geht, wo der Staat, herausgefordert durch grobe Verleumdungen der Unternehmer gegen sie Partei nimmt, hat dieser Staat den Anspruch auf die Bezeichnung Staat vermisst...

Doch hören wir das amüsante Blatt weiter. Ist es dem Staat zum Bewußtsein gekommen — so fragt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ —, daß er durch seine materielle Unterstüßung der Aussperrten den Arbeitskampf nur in die Länge zieht? Und in den weiteren Sätzen sagt das Blatt, die Aufrollung und grundsätzliche Klärung der staatlichen Lohnsetzung, die allen Arbeitskämpfen der letzten Jahre zu Grunde liege, die immer aus neue die kalkulationsgrundlagen der Wirtschaft aus dem Gleichgewicht bringe, sei für die Ruhe und Stabilität der Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung. — Die „Klärung der staatlichen Lohnsetzung“ sieht dieses Unternehmerblatt beileibe nicht in einer parlamentarisch-gesetzgeberischen Tätigkeit. Ah nein! den Proletariern den Daumen aufs Auge, die Faust unter's Kinn und das Knie auf den Bauch, unter Mißachtung staatlichen Rechts — auf die Weise will man es schaffen. Und dann die materielle Unterstüßung der Aussperrten durch den Staat! Gewiß, das war der Schuß ins Schwarze! Und das ist auch etwas ganz neues, aber es basiert auf dem Schuß des Staates für Unterdrückte und Schwache, gegen gesetzverachtende Gewalt und brutale Herrschaft der wirtschaftlich Stärkeren. Da war es gerecht und es entspricht nur dem Inhalt und Sinn der Reichsverfassung, wenn in diesem Kampf der Staat die Arbeiter auch materiell unterstüßt.

Gewerkschaftlich betrachtet, ist dieser Kampf im Ruhrgebiet so ausgegangen daß es weder Sieger noch Besiegte gibt. Das glauben wir sagen zu können, obwohl der Schiedspruch Severings noch aussteht. Wir verstehen auch die Gründe zu würdigen, die die Metallarbeitergewerkschaften veranlaßt haben, sich gleich den Unternehmern im voraus einem unbekanntem Schiedspruch zu unterwerfen. Der Kampf war für die Gewerkschaften deshalb besonders schwer, weil die Konjunktur nachgelassen hat und weil die große Mehrheit der Aussperrten unorganisiert, also gewerkschaftlich ungeschult und unzuverlässig war. Mit einer solchen ungeliebten Truppe auf schlechtem Konjunkturboden gestaltet sich ein Kampf besonders schwierig, zumal, wenn man, wie in diesem Falle, einem stark gestärkten Unternehmertum gegenübersteht. Aber staatspolitisch betrachtet gefäll uns der Ausgang dieses Kampfes ganz und gar nicht! Diese Aussperrung war eine abhällliche Verletzung des geltenden Rechts durch die Eisenbarone, ein Unternehmervorstoß gegen die Verordnung über Betriebsstilllegung, gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch den Staat, ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Diese Rechtsverhältnisse finden keine Sühne. Die grundsätzliche Rechtslage wird durch Severings' Schiedspruch nicht berührt. Durch das Eingreifen der Staatsgewalt ist eine bedenkliche Rechtsunsicherheit geschaffen. Wir verstehen, wenn die Staatsgewalt wie gebührend gehandelt hat. Vier Sozialdemokraten im Reichskabinett können nicht mehr schaffen. Und wenn Reichskabinett und Reichstag so unvollkommen zusammengesetzt sind, so ist das nicht die Schuld dieser vier Sozialdemokraten, sondern der Reichstagswähler. Also wir verkennen auch hier nicht die größere unsichtbare Macht, die unvollkommenes Handeln gebot. Schimpfen und rätionieren nützt da nichts. Die Forderungen von „Zuschußstrafe für aussperrnde Unternehmer“ oder „Enteignung solcher auf Recht und Gemeinwohl herumtrampelnder Eisenbarone“ sind berechtigt und hören sich ganz gut an, es fehlt aber die Vorbedingung zur Verwirklichung solcher Forderungen angeht die Zusammensetzung dieses Reichstags. Aber dem geltenden Recht hätte genügt werden müssen! Was wäre geschehen, wenn im Falle eines Streiks die Gewerkschaften einen für verbindlich erklärten Schiedspruch mißachtet und weitergestreikt hätten! Die Unternehmer hätten sie regerepflichtig und für den ihnen aus dem Weiterstreiken entfallenden Schaden voll ersatzpflichtig gemacht! Und die Gerichte hätten dem entsprochen. Wo ist hier die entsprechende Sühne? Das Landarbeitsgericht Duisburg hat das Interesse des Staates und der Gemeintheit an dem verbindlich erklärten Schiedspruch in den Vordergrund gestellt und die Eisenbarone mit ihrem Einspruch abgewiesen. Das Reichsarbeitsgericht will man mit einer Höchstentscheidung nicht beschäftigen. Folglich besteht die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts zu Recht. Trotzdem erfährt das brutale Vorgehen der Unternehmer an der Ruhr keine Sühne. Mit der Entscheidung Severings soll alles abgetan sein. Damit erscheint das Hoheitsrecht des Staates auf arbeitsrechtlichem Gebiete stark erschüttert. Natürlich dürfen sich unter solchen Umständen auch unsere „Wirtschaftsführer“ nicht mehr beschweren, wenn bei einem der nächsten Arbeitskämpfe die Arbeiter gleichfalls das Recht mißbrauchen und nur auf Gewalt und Macht pochen. Aber wollen wir das? Ah nein, so liegt es leider nicht, daß die Arbeiterchaft in allen Arbeitskonflikten des Schutzes des Staates entbehren könnte! Natürlicher Beweis dafür ist dieser Ruhrkampf, bei dem die Kraftverteilung so sehr ungleich war. Gutgefragtesten, wirtschaftlich stärksten Unternehmern standen schwach organisierte Arbeiter gegenüber. Nach gewerkschaftlichem Ermessen wäre dieser Kampf zu Ungunsten der Arbeiter ausgegangen, wäre nicht der Staat mit seinen Millionen eingegriffen. Und in solchen Fällen brauchen wir auch künftig Schlichterkammern, Schiedsprüche und Verbindlichkeitsklärung.

Das ist der einzige schmale Lichtstreifen, der auf dieses düster anmutende Kapitel fällt. Fort jedoch mit allen Gedanken der Unerfreulichkeit! Dem Unternehmertum sei gesagt, daß wir uns das kaum aus den Windeln gehobene Arbeitsrecht nicht rauben lassen. Wir werden im Gegenteil energischer denn je für die Festigung des bestehenden Rechts und den weiteren Ausbau des Arbeitsrechts wirken. Radikale von rechts und links können sich allerdings noch nicht an diesen neu eingeleiteten Rechtszustand gewöhnen. Die von rechts kraft ihrer vielfach größeren Stärke und wirtschaftlichen Uebermacht, die von links wegen blinder Verkennerung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, vielfach auch nur deshalb, weil so etwas sehr radikal und todesmutig klingt und gewissen Radikalinhäufigen Wasser auf ihre klapprigen politischen Mühlen leitet. Das alles imponiert uns nicht. Dieser Ruhrkampf war eine Episode im Kampfe um Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie. Wir werden dafür sorgen, daß solche Episoden sich nicht wiederholen. Wir schreiten weiter auf dem bewährten Pfade, der dahin zeigt, den wirtschaftlich Schwachen die Hilfe des Staates zu gewähren, wenn die Wirtschaftsbürmacht zu erdroffen droht. Und wir schreiten weiter in der Bekämpfung der Alleinherrschaft von Generaldirektoren in Industrie und Wirtschaft. Wir kämpfen für die Reichsverfassung, die selbst Hindenburg beschworen hat und die der Arbeit den Schutz des Staates zusichert. Und in diesem Kampfe werden wir unser Recht finden und zu einem vollkommenen, selbstverankerten Arbeitsrecht und zur Wirtschaftsdemokratie kommen, wenn jeder von uns seine Pflicht erfüllt! Trotz alledem!

Staat und Wirtschaft.

Der Eisenkampf vor dem WGB-Ausschuß.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt seine erste Tagung nach dem Hamburger Gewerkschaftskongreß in Kiel ab. In der ersten Sitzung am 7. Dezember wurde in öffentlicher Tagung zum Eisenkampf Stellung genommen. Leipart gab der Genugtuung Ausdruck, daß der große Arbeitskampf im Westen ein vorläufiges Ende gefunden hat, und daß die Betriebe wieder geöffnet sind. Die Gewerkschaften, so führte er aus, sind einmütig in der scharfen Ablehnung des Verhaltens der Unternehmer, die sich wider Recht und Gesetz aufgelehnt und einen Konflikt heraufbeschworen haben, der sich bei verantwortungsbewußter Ueberlegung leicht hätte vermeiden lassen. Die Arbeiterchaft, insbesondere die in erster Linie betroffenen Metallarbeiter, können der vollen Sympathie der gesamten Arbeiterbewegung sicher sein. Das Vorgehen der Reichsregierung hat in der Öffentlichkeit eine unterschiedliche Beurteilung erfahren. Leipart erklärte, es liege kein Anlaß vor, der Reichsregierung wegen ihres Eingreifens einen Vorwurf zu machen. Es ist auch nicht richtig, daß das Schlichtungsverfahren, wie behauptet worden ist, einen schweren Schlag bekommen habe. Im Gegenteil, das Bewußtsein seiner Bedeutung ist weiten Kreisen der Öffentlichkeit in Deutschland erst durch diesen Arbeitskampf eingehämmert worden. Die Arbeiterchaft hat keine Niederlage erlitten. Die Unternehmer, die so weit gesteckte Ziele verfolgten und so schweres Geschick aufgebracht hatten, haben sich bedingungslos einem Schiedspruch unterworfen, den sie noch nicht einmal kennen. Nach Begrüßungsworten eines Vertreters des Kieler Magistrats und des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, zweier Männer die aus der Arbeiterbewegung

herorgegangen sind, sowie des Vertreters des Ortsausschusses Kiel, der auf die Entwidlung der Gewerkschaftsbewegung sowie die des Konsumvereins Kiel einging, sprach das Mitglied des Bundesvorstandes Wilhelm Eggert über Staat und Wirtschaft: Der große Arbeitskampf im Ruhrrevier veranlaßt uns, nochmals das oft besprochene Thema „Staat und Wirtschaft“ anzuschneiden. Die Aussperrung ging von jener machtlöftesten Gruppe von Unternehmern aus, gegen die die Gewerkschaften von jeher ihre bestmöglichen Kämpfe zu führen hatten. Bis zum Ende des Weltkrieges hatte gerade die nordwestliche Unternehmerrgruppe der Eisenindustrie jede Verbindung mit Gewerkschaftsvertretern abgelehnt. Erst durch die Not des verlorenen Krieges sah sie sich veranlaßt, mit den Gewerkschaften zu unterhandeln. Bei einem Teil dieser Unternehmer leben heute noch die Vorstellungen der Vorkriegszeit und das Verlangen nach der Wiederherstellung der Zustände zur Zeit ihrer unbefristeten Alleinherrschaft. Dieser Teil gewann in der Gruppe Nordwest die Oberhand. Zu dem unstrittigen Schiedspruch schrieb die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 27. Oktober: „Der Schiedspruch trifft bei allen Enttäuschungen, die er bereiten mag, ungefähr den Schnittpunkt aller wichtigsten Kräfte, die bei einem solchen Streik aufeinanderstoßen und Berücksichtigung erheben. Wir möchten sagen: Er ist so abgefaßt und geht so weit, daß beide Parteien, daß vor allem auch verantwortungsbewußte und nüchtern denkende Unternehmer sich fragen müssen, ob unter diesen Umständen noch gekämpft und damit ein ungeheurer Aufwand an Kapital, Nerven und Vertrauen, und zwar sozialem wie staatspolitischem Vertrauen, aufs Spiel gesetzt werden muß.“

Die Führer der ausstehenden Unternehmer waren demnach nicht verantwortungsbewußt und nicht nüchtern denkende, als sie trotz der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches die Aussperrung durchführten.

Ihre Aussperrung begründeten die Unternehmer mit der Erklärung, die Industrie könne die Lohn erhöhungen des verbindlich erklärten Schiedspruches nicht tragen. Demgegenüber wies Eggert darauf hin, daß die Industrie nicht ein einseitiges Ganzes sei, sondern aus einer Reihe von Unternehmungen von verschiedener Leistungsfähigkeit und verschiedener Rentabilität bestehe. Was früher die freie Konkurrenz gewissermaßen automatisch besorgte, die Auslese des Besten, das besorgt jetzt die Gewerkschaftsbewegung durch die Erringung besserer Arbeitsbedingungen, durch ihr Streben nach höherem Anteil der Arbeitskraft am Ertrage der Arbeit. Höhere Löhne merzen ebenso, wie es früher die freie Konkurrenz tat, unwirtschaftliche Betriebe aus. Sie sind daher gleichermäßen ein Mittel zur Stärkung der Kaufkraft wie ein Ansporn zum wirtschaftlichen Fortschritt. Sie entfalten die produktiven Kräfte und machen die Wirtschaft konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Dieser Ansporn ist für die Wirtschaft nach wie vor dringend nötig. Er hat dazu beigetragen, daß die deutsche Wirtschaft, deren Produktionsapparat durch Krieg und Inflation zurückgefallen war, in wenigen Jahren wieder auf eine technisch anscheinliche Höhe kam. Die von Unternehmenseite beliebten Vergleiche zwischen Lohn- und Preisentwicklung wies Eggert mit der Bemerkung zurück, daß bei dieser irrigen Methode der Betriebsumstellungen durch die Rationalisierung nicht berücksichtigt würden. „Der Staat und seine Schlichtungsorgane dürfen sich von solchen fehlerhaften Methoden nicht beeinflussen lassen. Man kann nicht Lohn- und Preisstand vor und nach der Rationalisierung miteinander vergleichen wollen zu dem Zweck, der faunenden Öffentlichkeit zu verkünden, daß die Entwicklungslinie der Löhne günstiger verlaufe als die der Preise!“

An einer Reihe von Beispielen zeigte Eggert, daß sich durch die Rationalisierung die Lohnsummen stärker zu vermindern pflegen als die Herstellungskosten. Der Lohn, der ja nur einer der vielen Bestandteile der Herstellungskosten sei, spiele also bei fortschreitender Technisierung eine immer geringere Rolle. Eine der Ursachen der Schwierigkeiten in der Eisenindustrie, ist das Erzeugen über die Abgabemöglichkeit hinaus, sowie die auch dann noch nicht erreichte völlige Ausnutzung der Leistungsfähigkeit. Selbst in Zeiten der besten Wirtschaftslage konnten nur 80 % des Leistungsvermögens ausgenutzt werden. — In dem vor wenigen Tagen erschienenen Vierteljahressheft zur Konjunkturforschung wird hinsichtlich des Rückganges des Inlandsabzuges in der eisenerzeugenden Industrie folgendes gesagt: „Daß der Rückgang des Inlandsabzuges sich in der Erzeugung nicht stark bemerkbar gemacht hat, hängt außer mit dem verstärkten Auslandsabzug noch mit innerbetrieblichen Gründen zusammen. Obgleich der ganze Umstellungsprozeß der eisenschaffenden Industrie noch nicht abgeschlossen ist, ist doch heute bereits der größte Teil des Rationalisierungsprogramms — insbesondere der Uebergang zu kontinuierlicher Fließfertigung auf den für die Erzeugung günstigsten Produktionsstätten — vollzogen. Es liegt im Wesen des kontinuierlichen Programms, daß möglichst große Mengen in einer Feststellung hergestellt werden. Dies hat zur Folge, daß beträchtlich größere Konjunktur die Werke sich bemühen, ihre Anlagen so lange wie möglich voll auszunutzen, um später notfalls zur Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten zu schreiben. Während in der Vorkriegszeit ein Rückgang der Konjunktur sich in einem allmählichen Abbürdcken des Auftragsbestandes und in einem gleichzeitigen erfolgenden Rückgang der Produktion bemerkbar machte, findet heute ein funfartiger Rückgang des Auftragsbestandes und der Erzeugung statt.“ — Die „Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten“ auf Kosten der Unternehmungen offenbar nicht rational. Demgegenüber schien es ihnen wohl als Gewinn, wenn die Gesamtheit der Werke einige Wochen ganz stillgelegt werden könnten, um in dieser Zeit die Läger zu füllen, die eisenerbrauchende Industrie aufarbeiten zu lassen, anschließend daran aber dann mit Hochdruck unter voller Ausnutzung der Leistungsfähigkeit, also mit günstigsten Selbstkosten frisch und gestärkt zu arbeiten. Dies Verfahren der zeitweisen allgemeinen Betriebsstilllegung, wie es „eipielweise in Amerika Henry Ford bei sinkendem Absatz manchmal geübt hat, war aber in Deutschland nicht so einfach. Hier konnte man die Gesamtheit der Arbeiterschaft eines großen Wirtschaftszweiges nicht plötzlich entlassen.

Wie anders, wenn wegen eines Arbeitskonfliktes die Betriebe stillgelegt werden könnten! In einem solchen Verfahren würden die Lasten für das Durchhalten der Arbeiter bis zur Wiederaufnahme der Arbeit aus Mitteln der Gewerkschaften aufgebracht werden müssen. Das wäre doch eine — für die Unternehmer — wesentlich günstigere Situation! Zu diesen Erwägungen der Unternehmer gesellen sich die gerade dieser Gruppe besonders verhängnisvollen Forderungen der Gewerkschaften nach Lohn erhöhungen, ferner die nicht minder verhängnisvolle, als unbefangenen Eingriff in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von ihnen betrachtete staatliche Schlichtungsfähigkeit. So hielten sie den Zeitpunkt sinkender Marktlage und aufgellierter Läger, in dem die Stilllegung der Gesamttheit der Betriebe von Nutzen ist, für gekommen, um gleichzeitig den großen, von langer Hand vorbereiteten Schlag gegen Lohn erhöhungen, Gewerkschaftskassen und das staatliche Schlichtungswesen zu führen. Die „Arbeiter-Zeitung“ (schloß ihre Betrachtungen über die Aussperrung mit dem Ausruf: „Es geht uns Ganzes!“) Jawohl, es war der ganze Einsatz!

Als Vertreter und Wahrer der Staatsautorität hätte die Regierung diese Auslegung nicht hinnehmen dürfen, ohne ihrerseits alle Mittel anzubieten, die Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedspruches zu erzwingen. Statt dessen hat sie durch den Reichskanzler vermittelnd eingegriffen und den Reichsinnenminister Seevering mit der Schlichtung des Arbeitskampfes betraut. Nachdem die Regierung in dieser Weise in den Kampf eingegriffen hatte — das darf ich wohl im Namen des Bundesauschusses und der gesamten organisierten Ar-

beiterschaft sagen — hat sie in der Persönlichkeit des Kampfrichters eine gute Wahl getroffen. Seevering hat unser Vertrauen! Aber die Erledigung eines Arbeitskampfes ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe. Die Gewerkschaften hatten einen durch Vereinbarung entstandenen Tarifvertrag für wertvoller als einen staatlichen Schiedspruch. Der Tarifvertrag ist ein aus gegenseitiger Anerkennung, aus Verhandlungen aus den gegenseitigen Machtverhältnissen und gegenseitigen Kämpfen hervorgegangenes Vertragswerk. Der staatliche Schiedspruch hingegen trägt — in der Regel für beide Teile — die Merkmale des Unbefriedigenseins. Eine Lehre hat der Kampf schon heute der gesamten Öffentlichkeit gegeben, nämlich die, daß die Demokratisierung der Wirtschaft, um die unsere Gewerkschaften kämpfen, ein dringendes Erfordernis unserer Zeit ist. Deshalb verlangte Eggert am Schluß seiner Ausführungen eine wirkungsvolle Zurückleitung der Gesamtwirtschaft. Es darf auch kein Zurück in die alte Stellung geben, in die der Arbeiter der Vorkriegszeit verwiesen war. Wir wollen Staat und Wirtschaft so gestalten, daß sie von allen lebendigen Kräften unserer Volksgemeinschaft getragen und gefördert werden!

Nach dem Vortrag Eggerts sprach zunächst Schmidt vom Bergarbeiterverband, der vor allem die Ausdehnung des Einflusses gemeinwirtschaftlicher Organe auf andere Industrie forderte. In erster Linie wäre die Hüttenindustrie unter der Aufsicht gemeinwirtschaftlicher Körperschaften zu stellen. — Unser Bundesvorsitzender, Kollege Bernbard,

Achtung, „Grundstein“-Empfänger!
Der Weihnachtsfeiertage wegen werden die Nummern 52 und 1 (Jahrgang 1929) zugleich versandt. Wir bitten, soweit Einbände in Frage kommen oder andere Umstände es erfordern, die Nummer 1 (die in der Mitte der Nummer 52 eingezalf ist) dann herauszunehmen und auf diese Weise beide Nummern voneinander zu trennen. Jede Nummer bildet für sich ein abgeschlossenes Ganzes, was an ihren Seitennummern leicht erkennbar ist.
Der Bundesvorstand.

erklärte, daß der Staat die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen auf die Förderung der Bauwirtschaft, nicht genügend auszunutzen. Die öffentliche Gewalt müsse der Bauwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Es fehlen in Deutschland mindestens 600 000 Wohnungen. Bernbard schätzte jedoch die Zahl doppelt so hoch. Er nannte Tatfachen, die Art und Umfang des Wohnungsmangels kennzeichnen. Es sind zwar 8 Milliarden — davon 54 % aus der öffentlichen Hand — für den Wohnungsbau aufgewandt worden, aber diese Aufwendungen sind ungenügend und die Wohnungswirtschaft des Reiches ist planlos. Statt die Bauwirtschaft zu fördern, werde den Bauarbeitern die Arbeitslosenunterstützung gekürzt. Ende März 1928 waren noch rund 120 000 Mitglieder des Baugewerksbundes arbeitslos, zur Zeit sind 60 000 ohne Beschäftigung. In der besten Bauzeit finden die Bauarbeiter keine Beschäftigung. Die Hauszinssteuer müsse reiflos zum Wohnungsbau Verwendung finden. Auch die Landwirtschaft muß dazu herangezogen werden. Wir verlangen ein langfristiges Wohnungsbauprogramm. In den nächsten zehn Jahren müssen mindestens 300 000 Wohnungen jährlich gebaut werden. In einem großen Plan wird es möglich sein, Kapital und Arbeitskraft rational zu verteilen und auszunutzen. Die Bauwirtschaft sei eine wesentliche Stütze der Gesamtwirtschaft, der Weg zu ihrer Belebung führe über die Förderung des Bauens durch Mittel der öffentlichen Hand. Dabei sei es auch nötig und zugleich produktiv, Auslandskredite zum Zwecke des Wohnungsbauens hereinzunehmen. — Reichel, Metallarbeiterverband, dankte den Verbänden des VOB, des VFA-Bundes sowie „allen guten Kräften des deutschen Volkes“ für die warme und hilfsbereite Sympathie, die sie den kämpfenden Massen in Weidlochland entgegengebracht haben. Diese Sympathien haben viel zur Aufrechterhaltung des Mutes und zur Stärkung des Vertrauens der Arbeiterschaft im Kampfgebiet beigetragen. Sie werden auch bemerken, daß der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe in Zukunft eine andere Stellung zum Gedanken des Tarifvertrages einnimmt als bisher. So leichtfertig wie diesmal sperrten diese Unternehmer die Arbeiter nicht wieder aus! Der Ruf muß lauten: Her mit dem Eisenwerkstättbund — aber mit einem besseren als wir hatten. Unter dem Eindruck des großen Kampfes wird dieser Ruf stärksten Widerhall finden. — Schmidt vom Landarbeiterverband unterstrich den Gedanken Eggerts, daß das Reich vorpflichtig sein solle bei der Subventionierung der Wirtschaft. — Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Brandes, sprach einleitend über den Kampf der Werkstatarbeiter. Gerade in der am schärfsten rationalisierten Industrie werden den gleichen qualifizierten Arbeitern, die in anderen Industrien bessere Tariflöhne erhalten, Löhne gezahlt, die um 30 bis 40 % niedriger sind. — Der Kampf an der Ruhr ist nicht nur ein wirtschaftlicher, er ist auch ein politischer Kampf. Die Unternehmer haben sich verredet. Die breite Öffentlichkeit stand auf seiten der Metallarbeiter. Die Unternehmer werden sich auch weiterhin irren. Sie haben sich einem Schiedspruch unterworfen, über dessen Inhalt sie noch nichts wissen. Gewiß — auch die Gewerkschaften. Es ist ihnen aus wohlwolligen innergewerkschaftlichen Gründen nicht leicht geworden. Aber der Mann, der den Schiedspruch

fällen wird, ist ein Mann, der das Vertrauen der Gewerkschaften genießt. Der fünfjährige Kampf wird eine gute Lehre für die Inorganisierten sein. Vor allem jetzt er der Öffentlichkeit, wie wesentlich es ist, einen Einblick in die ganzen Verhältnisse der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie zu gewinnen. Die Schaffung eines Selbstverwaltungsorgans ist notwendig. Dieser Kampf muß wirtschaftlich und politisch der Ausgangspunkt sein für eine Propaganda für die Sozialisierung dieser Schlüsselinindustrie. — Tar now, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes: Solange das innere Getriebe der Wirtschaft in tiefes Dunkel gehüllt ist, solange man uns nicht einen tieferen Einblick gewährt, muß man uns gefastten, daß wir uns bei der Aufstellung unserer Forderungen an ein Merkmal halten, das offen zutage liegt. Dies Merkmal ist das Wachstum der produktiven Kräfte in einer Zeit, in der die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung bei weitem nicht im gleichen Tempo mit diesem Wachstum der produktiven Kräfte fortgeschritten sei. Vermehre sich jedoch der Umfang der Erzeugung, so müssen auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Der Fortschritt der Technik gestalte eine weitere Steigerung der Produktivität, und darum haben wir die Ueberzeugung, daß die Vermehrung des Sozialprodukts begleitet sein sollte von einer Stebung der Lebenshaltung des Volkes. Sollen die größere Menge des Produktionsertrages Absatz finden, so ist eine Stärkung der Konsumfähigkeit der werktätigen Bevölkerung durch die Erhöhung der Löhne erforderlich. — Nach dieser Aussprache wurde die öfentliche Sitzung geschlossen.

Heftliche Sage...
Und wieder nun läßt aus dem Dunkel die Weihnacht ihre Sterne funteln!
Die Engel im Himmel hört man sich flüßen,
und die ganze Welt rücht nach Pfefferküsten...
Bruno Holz.

Wiederum feiern wir das Fest der Freunde. Ein fast unendliches Maß von Liebe und Fürsorge wird um diese Zeit in Bewegung gesetzt, um den Arminischen eine Freude zu machen. Kinderbetzen schlagen, zählen die Tage und Stunden, wo die Ächter am Weihnachtsbaum angezündet werden. Die Priester der christlichen Kirche rüsten zur salbungsvollen Predigt in der Christmesse, und wiederum hören wir die Worte: „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen.“ Und während dies alles geschieht und viele in einem Nebel von Hoffnungen und Träumen daherdwandeln, formt die kalte Welt ihr eigenes Bild. Das Bild der Mietkräfte, des rückwärtsstolzen Egoismus, der schrankenlosen Kämpfe Volk gegen Volk und Klasse gegen Klasse. Wahrlich es wird immer schmerzlicher, sich in abnungslosen Kinderträumen zu wiegen, wo doch die Welt so grau-sam realistisch einsetzt.

Das Weihnachtsfest, in dem wir leben, gibt dem Weihnachtsmarkt sein Gepräge. Wir durchwandern die Warenhäuser und Verkaufsgeschäfte, sehen Waren, zu Bergen gefürmt, in reichhaltiger Auswahl. Abends sind die Straßen in ein Meer von Licht getaucht — Lichtwochen sind das Symbol der Zeit — mit großer Eindringlichkeit laden die erleuchteten Schaufenster zum Kaufen ein. Und wie verlockend und appetitlich sind die Waren und Lebensmittel dort aufgebaut! Durchwandert man die Geschäftstraßen der Großstädte, so kommt man kaum auf den Gedanken, daß es Millionen Menschen gibt, die so vieles entbehren müssen. Troßdem drängen und stoßen sich die Menschen; die Cafés und Restaurants sind gefüllt, und dies alles, während in den Fabriken, Werkstätten und Bureaus mit Hirn und Hand geschafft wird, um all die Reichtümer hervorzuzaubern. — Das Weihnachtsfest fällt in die Zeit der Bälle und Vergnügungen. Die Tanzlokale Berlins, Hamburgs und vieler anderer Städte sind bis März Abend für Abend vergebend. In rauschender Toilette rücken in den „besseren“ Lokalen id. Tanzpaare an — Autos hinter Autos in endloser Abfil. Da geht es die ganze Nacht hindurch. Teilweise kostet eine solche Nacht mehr, als ein Arbeiter das ganze Jahr hindurch verdient. Noch niemals hatten die großen Vergnügungen der sogenannten besseren Welt einen solchen Umfang angenommen wie in diesem Jahre. In der Tat, es gibt eine nicht geringe Zahl von Menschen, denen es heute besser geht als je zuvor. In gewissen Kreisen wird in Deutschland viel Geld verdient. Troßdem die Industrie und der Handel Klagen ausstoßen, ist man in der Lage, in der Spitze außerordentlich hohe Gehälter zu zahlen. Einkommen von 30 000 A aufwärts sind heute keine Seltenheit mehr. So ist es kein Wunder, daß die besseren Vergnügungstätten Abend um Abend überfüllt sind.

Die Kehrseite der Medaille zeigt sich in den großen Wirtschaftskämpfen der Gegenwart. Können wir auf der einen Seite feststellen, daß sehr viele in der Lage sind, anscheinliche Weihnachtsgeschenke machen zu können, so gibt es Bezirke in Deutschland, wo noch nie ein solch trauriges Weihnachtsfest gefeiert wurde, als in diesem Jahre. Länger als fünf Wochen dauerte der harte Kampf in der westdeutschen Eisenindustrie. Beinahe ein Vierteljahr ist es her, daß die Arbeiter der Sechschiffswerften in den Streik traten. Sind es etwa leichtsinnige Kämpfe, die hier geführt werden? Warum geht es denn eigentlich? Die Arbeiter der Eisenwerke, der Sechschiffswerften, der Zelluloseindustrie usw. haben nur das Ziel: ihre mehr als bescheidene Lebenslage zu verbessern. Die schwere Arbeit in den Eisenhütten wird mit 65 A für die Stunde für den unregelmerten und mit 78 A für den gelerntten Arbeiter bezahlt. Das sind Löhne, die zum Leben wirtschaftlich wenig übrig lassen. Nur ein Hundeleben ist mit solchen Löhnen zu führen. Man predigt den Arbeitern Bescheidenheit, Rücksichtnahme auf die Wirtschaft, die keine höheren Löhne zahlen könne. Der Philosoph Schopenhauer hat einmal das bekannte Goethewort „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr“, folgendermaßen erweitert: „Noch unsehbarer wäre die Behauptung gewesen, daß die, welche so eifrig von andern Bescheidenheit fordern, auf Bescheidenheit dringen, unablässig rufen: Zur Bescheidenheit! Um Gottswillen, nur bescheiden! Zuverlässige Lumpen sind völlig verdienstlose Wichte, Fabrikware der Natur, ordentliche Mitglieder des Pades der Menschheit.“ — Das von den Arbeitern an Zurückhaltung und Rücksicht gefordert wird,

denkt man nicht im geringsten selbst zu tun. Eine seltsame Parodie der heutigen Zustände, die Dskar W i u m e n t h a l so schön besungen:

„Der satte Reichtum hat's ausgedacht, daß die Armut niemanden Schande macht. Die Schlemmer lehren am vollen Tisch, wie Salz und Brot hält die Wangen frisch. Die Tauben girren vom Wachsstrand: „Nehmt lieber den Sperling in die Hand“ Und die Dummen fassen den Mehrheitsbeschluß, daß stets der Klügere nachgeben muß.“

Noch niemals ist der Klassenkampf in derartig brutalen Formen geführt worden, als um die Weihnachtszeit 1928. Und da klingen die Driesterworte „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen“ wie blutiger Hohn. Seit zwei Jahrtausenden werden sie verkündet und noch immer sind sie Verheißungen geblieben. Eine katholische Ki. penzeitung hatte neulich darüber Betrachtungen angestellt, was mit „unsern Bankiers, Del-, Kohlen- und Eisenhändlern“ geschehen würde, wenn Christus König wäre. „Sie würden“, so hieß es in dem betreffenden Blatt, „weder aus dem Flugzeug ins Meer fallen, noch im Auto auf der Straße den Hals brechen, noch als Kriegsanleihschwinder im Zuschauers enden. Anstatt von zitternden Angestellten, geleakten Dienern, geballten Arbeiterfäusten, frechen Dirnen und toter Pracht würden sie von glücklichen, vertrauenden und dankbaren Menschen umgeben sein...“ Das ist eine sehr entschiedene Sprache; und es nimt nicht Wunder, daß die Unternehmerzeitungen sich gegen solchen „Klassenkampf in Kirchenzettelungen“ wenden. Mögen sie es tun. Das katholische Blatt hat durchaus recht; denn wenn Christus König wäre, würde er nach sicherer Annahme mit vielen Zuständen aufräumen, die sich heute so frech und unverfäll in den Vordergrund drängen. Doch leider sind die Meinungen, wie sie das Kirchenblatt oben zum Ausdruck gebracht hat, in diesem Kreise eine Seltenheit. Das Zeitalter des Egoismus und der brutalen Machtkämpfe findet nirgends wärmere Verteidiger als auf den Kanzeln.

Doch mögen noch so viele Nutznießer und Lobhübler der Welt von heute auftreten, die Arbeiterklasse geht ihren eigenen Weg. Sie will sich nicht mehr länger auf ein besseres Jenseits verlassen lassen, sondern bereits das irdische Leben mit vollen Zügen genießen. Das Fest der Winterjohannewende, wie es vor dem christlichen Weihnachtstfest gefeiert wurde, war ein Gedenktag der Hoffnung nach einer baldigen Erlösung aus der Winternacht. So wollen wir es mit dem Weihnachtstfest in diesem Jahre halten. In der Gewerkschaftsbewegung, der gegenseitigen Hilfeleistung und Solidarität, erblicken wir den Heiland, der uns emporet führt. Doch ist dem Vorlat, wie er in folgendem Jilat aus „Sermann und Dorofbea“ zum Ausdruck kommt: „Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gestimmt ist, der verneinet das Uebel und breitet es weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet sich die Welt.“

Gegen Verschlechterungsbeschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages!

Was geht im Reichstag vor? fragen wir Recht die Bauarbeiter aller Berufsgruppen. Kaum ist das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Jahr in Kraft, und schon ist man dabei, Ausnahmestimmungen zu schaffen, die dem Gesetz seinen sozialen Sinn „der Hilfe auf Gegenseitigkeit“ nehmen. Rund 1 1/2 Millionen Arbeiter der verschiedensten Berufszweige, vor allem des Baugewerbes, sollen unter ein Ausnahmengesetz gestellt werden. Ihnen soll die Unterstützungsberechtigung so beschnitten werden, daß von einer Hilfe auf Gegenseitigkeit keine Rede mehr sein kann. Der Entwurf der Regierung, ausgearbeitet vom Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt für A V V V, brachte schon eine sehr starke Herabsetzung des bisherigen Unterstützungszweiges. Dieser Entwurf hat aber im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages eine solche Verschlechterung erfahren, daß er als untragbar bezeichnet werden muß. In diesem Sinne haben unser Bundesvorstand sowie die übrigen baugewerblichen Arbeiterverbände beim Reichstag schärfsten Protest erhoben. Der Erfolg dieses Protestes bestand darin, daß zunächst die Beratungen vertagt worden sind, damit die Fraktionen nochmals Stellung nehmen können.

Auch in den Bezirken und Baugewerkschaften sind zahlreiche Proteste erhoben worden. Die baugewerblichen Arbeiterverbände im Gebiet des Landesarbeitsamtes Nordmark (Samburg, Schleswig-Holstein) protestieren beim Reichstag mit folgender Eingabe: „Siebzehntausend organisierte Bauarbeiter aller Berufsgruppen des Landesarbeitsamtes Nordmark protestieren gegen die vom Sozialpolitischen Ausschuss geplante Verschlechterung des Regierungsentwurfes, betreffend Unterstützung berufstätiger Arbeitslosigkeit. Wenn die geplante Verschlechterung Gesetz werden sollte, wird damit der soziale Sinn des Gesetzes, betreffend Arbeitslosenversicherung, nämlich die Hilfe auf Gegenseitigkeit, völlig beseitigt.“

Aus der Provinz Hannover und dem Freistaat Braunschweig ist dem Sozialpolitischen Ausschuss von den baugewerblichen Arbeiterverbänden folgender Protest zugegangen: „40 000 Bauarbeiter des Bezirkes Hannover und Freistaats Braunschweig protestieren mit großem Nachdruck gegen die geplante Verschlechterung des ersten Entwurfes über die sogenannten berufstätigen Arbeitslosen, sie fordern von dem Sozialpolitischen Ausschuss Gleichstellung mit den übrigen Arbeitslosen.“ — Die freigewerkschaftliche bezirkliche Spitzenorganisation des gleichen Gebiets protestiert mit folgender Entschliessung: „Die ordentliche Bezirkskonferenz des A V V V für Niedersachsen erhebt schärfsten Protest gegen die im Sozialpolitischen Ausschuss geplante Verschlechterung der Reichsanstalt für A V V V in Aussicht genommene Verordnung über die Regelung der berufstätigen Arbeitslosigkeit. Gegen die Verordnung haben wir an sich schon die größten Bedenken, aber die nunmehr beabsichtigte Verlängerung der Karenzzeit und Kürzung der Unterstützungssätze sind völlig untragbar und müssen auf das entschiedenste abgelehnt werden.“

Von den zahlreichen Protesten aus Baugewerkschaften geben wir die aus Aue und Karlsruhe wieder: „Die im Gebiete der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg (Baugewerkschaft Aue) abgehaltenen Bauarbeiterverfam-

lungen erheben in einer Entschliessung an den Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages schärfsten Protest gegen eine Verschlechterung der Bezüge bei der Arbeitslosenversicherung während der Zeit der berufstätigen Arbeitslosigkeit. Die geplante Maßnahme, hat bereits jetzt schon die Bauarbeiterkraft des gesamten Erzegebietes so stark beeinträchtigt. Die Bauarbeiterkraft muß durch die Naturereignisse — Regenlage im Sommer, Frosttage im Herbst und Winter — Respekt wegen Mangel an laufender Arbeitsgelegenheit — insofern Konsumausfall über sich ergehen lassen, daß sie sich schon während der Beschäftigungszeit eine äußerst bescheidene Lebenshaltung auferlegen muß. Sie kann sich deshalb unter keinen Umständen auch noch eine schlechtere Stellung gegenüber der übrigen Arbeiterkraft in der Arbeitslosenunterstützung gefallen lassen. Eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung nach zurückgelegter sieben-tägiger Wartezeit, würde unter oben geschilderten Verhältnissen für die arbeitslosen Familienverdiener geradezu zur Verweisung treiben. — Der Deutsche Baugewerksbund, Baugewerkschaft Aue, warnt die zuständigen Behörden, von der Kanndorfschrift des § 110 Abs. 3 Ziff. 2 des Gesetzes über A V V V, die eine Verschlechterung während der berufstätigen Arbeitslosigkeit für Saisonarbeiter von seiten des Verwaltungsrates der Reichsanstalt zuläßt, Gebrauch zu machen. Die Organisation der Bauarbeiter muß jede Verantwortung für die Folgen derartig unsozialer Gesetzgebung und ungleichmäßiger Behandlung ihrer Mitglieder gegenüber andern Staatsbürgern ablehnen und wünscht nachdrücklich die Beibehaltung des jetzigen Zustandes.“

In einer sehr stark belächelten Verammlung der Baudelegierten und Vertrauensleute des Lohngebietes Karlsruhe und Umgebung berichtigte Kleiner über den Stand der Beschäfte um die Warte- und Bezugszeit der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung. Die beabsichtigten einschneidenden Maßnahmen werden mit der schlechten Finanzlage der Reichsanstalt begründet. Uns drängt sich die Frage auf, sind es denn die Bauarbeiter, die diesen Zustand schaffen; werden nicht auch Industriebauarbeiter durch die fortschreitende Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft haufenweise auf die Straße geworfen? Solange die Pflichten der Lohn- und Gehaltsempfänger gleich sind, müssen auch die Rechte gleich sein! Wenn die finanziellen Mittel der Reichsanstalt nicht den Anforderungen entsprechen, so müsse es gehandhabt werden, wie bei den Krankenkassen und vorübergehend ein etwas höherer Beitrag erhoben werden. Aus der Tagespresse ist zu entnehmen, daß der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages eine weitere Verwässerung des Entwurfes der Reichsanstalt vornehmen will. Gegen diese Art von Gesetzes- und Verordnungsarbeit erheben wir schärfsten Protest. — In der Aussprache kam eine sehr starke Unzufriedenheit zum Ausdruck, die sich gegen die Stellen richtete, die die Bauarbeiter unter ein Ausnahmengesetz schlimmster Art stellen wollen.

Wenige Minuten vor Drucklegung dieser Nummer erhalten wir noch folgende Meldung: Die Entschliessung über die Regelung der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit ist am 12. Dezember im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gefallen. Ein von mehreren Parteien im Reichstag gefellter Antrag, durch den die Regierungsvorlage ergänzt werden sollte, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Hierauf wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Gleichzeitig gelangte ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme, wonach die Neuregelung für die Saisonarbeiter nur bis zum 30. September 1929, also auf eine Saison beschränkt wird. Da die Vorlage zugleich die Bewilligung von 28 Millionen Mark vorseht, muß sie auch noch die Zustimmung des Haushaltsausschusses finden. Er wird am 13. Dezember zur finanziellen Auswirkung der Vorlage Stellung nehmen. — Damit sind zunächst die vom Sozialpolitischen Ausschuss beabsichtigten weitestgehenden Verschlechterungen des Regierungsentwurfes verhindert und damit die allergrößten Schädigungen von den Saisonarbeitern abgemindert worden. Günstig — gegenüber dem Beabsichtigtem — ist auch, daß diese Neuregelung befristet ist.

Erste Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 7. und 8. Dezember hielt der Ausschuss des A D G B. eine Sitzung in Kiel ab. Ueber die öffentliche Sitzung berichten wir im zweiten Aufsatze dieser Nummer. In der geschlossenen Sitzung, die am Nachmittage des 7. Dezember abgehalten wurde, sprach zunächst Oberratsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium über „Die Grundlage des Arbeitslebens in Sowjetrußland“. Einen zusammenhängenden Ueberblick über die Sowjetunion und ihre Einrichtungen kann sich nur der verschaffen, der sich sprachlich und sachlich auf eine Informationsreise in Rußland vorbereitet hat. Eine Arbeiterdelegation kann sich unmöglich in dieser fremden Welt zurechtfinden, weil ihr nahezu jede Vorkenntnis fehlt. Es fehlt uns an gründlicher Kenntnis der Rechtsgrundlagen der Sowjetunion. Die Literatur darüber ist unzureichend. Man hört dies und jenes, aber man weiß wenig von den beherrschenden Grundvorstellungen. Das gleiche gilt für die Arbeitsverfassung Sowjetrußlands. Um sie wirklich zu verstehen, ist es notwendig, rechtsvergleichend vorzugehen, das heißt, die Arbeitsverfassung Rußlands muß verglichen werden mit der Arbeitsverfassung in Deutschland. Die Grundzüge der Arbeitsverfassung in Deutschland ist der Tarifvertrag. Er ist es auch in Rußland. Der betreffende Paragraph im Arbeitsgesetz deckt sich fast wörtlich mit dem ersten Artikel der deutschen Tarifvertragsverordnung. Die Uebereinstimmung kommt daher, daß die russische Arbeitsgesetzgebung diese Bestimmung aus der deutschen Gesetzgebung übernommen hat. Wird nun aber der Tarifvertrag als Grundlage der Arbeitsverfassung anerkannt, so ist das nur möglich unter der Voraussetzung, daß es auch in Rußland Arbeiter und Unternehmer gibt. Die vernünftigen Rußen, die viel vorurteilsloser über die Verhältnisse in Rußland denken und

sprechen als ihre Parteigänger in Deutschland, leugnen nicht, daß Rußland noch kein sozialistischer Staat ist.

Was für Unternehmer gibt es in Rußland, wie sind sie geartet? In der Literatur findet sich darüber kaum etwas. Es gibt drei verschiedene Unternehmergruppen im Gewerbe. Die erste Gruppe sind die landläufigen Unternehmer, wie es sie überall gibt. Es gibt zwar keinen Großunternehmer, wohl aber handwerkliche Unternehmer, Kleinunternehmer. Die Kleinbetriebe sind — vom Standpunkt der Durchführung der Arbeitsgesetze — auch in Deutschland am schwersten zu kontrollieren. Aus der großen Zahl von Arbeitsgerichtsverhandlungen, denen der Vortragende beigewohnt hat, konnte er ersehen, daß es sich in Rußland um die gleichen Arbeitsverhältnisse handelt wie in Deutschland. Innerhalb der Gesamtproduktion hat zwar der Kleinbetrieb geringe Bedeutung, besonders in Moskau und Leningrad. Um so wichtiger ist er für das Arbeiterleben; um so häufiger findet man ihn in den kleinen und mittleren Städten. Die Sowjetunion besteht noch weniger aus Moskau und Leningrad, als Deutschland aus Berlin. Je weiter man von Moskau und Leningrad wegkommt, um so mehr drängt sich der private Unternehmer in das Straßenbild, besonders im Süden, zum Beispiel in Charkow. In Moskau gibt es beispielsweise nur städtische oder genossenschaftliche Speisehäuser. In Charkow dagegen fast nur private Restaurants, ebenso in Tiflis. Auch die Konfektionshäuser sind dort in privaten Händen. In Moskau beschafft man sich die Anzüge in der Cooperative; in Odesa beim privaten Schneider. Der private Unternehmer ist also in der Sowjetunion keineswegs verschwunden. Der Kampf gegen ihn wird auch nur in den Hauptstädten mit wirklicher Energie geführt. Die privaten Unternehmer haben allerdings, auch wenn und obwohl sie russische Staatsangehörige sind, kein Staatsbürgerrecht — kein Wahlrecht —, weil sie fremde Arbeitskräfte ausbeuten. Die Entschliessung, wer als Ausbeuter anzusehen ist, trifft die Verwaltung. Insofern ist die Bestimmung von begrenzter Geltung als ihr Wortlaut zu lassen scheint. Beispielsweise fällt die Beschäftigung von Hausangestellten nicht unter den Begriff der Ausbeutung. Hausangestellte für einzelne Familien oder Kreise von Familien gibt es aber in Rußland sehr häufig; letzteres deshalb, weil in den meisten Fällen Mann und Frau arbeiten müssen und sich nicht um die Kinder kümmern können. Teilweise scheint es auch in der Landwirtschaft Ausnahmen von der Regel zu geben. J. B. haben, so wird wenigstens von der Trotski-Opportunist behauptet, Großbauern da und dort das Wahlrecht. — Die zweite Gruppe der Unternehmer sind die Konfessionäre, das heißt, keine russischen Staatsangehörigen, sondern Ausländer. Sie kommen nach Rußland herein, weil für die Rationalisierung der Betriebe Kapital benötigt wird. Geld hat man in Rußland noch weniger als in Deutschland. Selbst wenn die Sowjetindustrie noch so gut organisiert wäre, würde ihr die amerikanische Bankwelt kein Geld geben, weil sie eben Sozialisten kein Geld geben will. Man kann daher nicht Geld auf dem Wege der Anleihe bekommen, sondern muß zum Geld den Unternehmer mit in Kauf nehmen. Diese Maßnahme läßt sich nicht als „Verraindung der Staatsindustrie“ bezeichnen, wie es vielfach geschieht. Die Konfessionen sind überdies kein so großer Teil der russischen Gesamtwirtschaft, wie häufig angenommen wird. Vor allem: Die Konfessionäre unterstehen den arbeitserhöhlenden Gesetzen genau so wie die andern Unternehmer. Die Bestimmungen, die für sie gelten, sind sogar eher noch schärfer. Die Ausländer bekommen die Konfessionen nur, wenn sie mit den russischen Gewerkschaften einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die mitgebrachten deutschen Arbeiter stehen vertragsmäßig unter deutschem Arbeitsrecht; sie werden im allgemeinen besser entlohnt als die russischen Arbeiter. Die mitgebrachten Arbeiter sind in der Regel Werkmeister und Vorarbeiter. Der Konfessionär kann nicht denselben Tarifvertrag bekommen, wie etwa der Unternehmer der öffentlichen Hand, das heißt die in den Betrieben der öffentlichen Hand geltenden Tarifverträge haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Die erste und zweite Gruppe spielen zahlenmäßig keine Rolle gegenüber der dritten Gruppe: dem Unternehmer der öffentlichen Hand. Der Hauptunternehmer ist nicht der Staat. Die Entmündigung geht einen ähnlichen Weg wie in Deutschland. In den Staatsbetrieben der Vorkriegszeit bestand die Tendenz zur Umwandlung der Arbeitsverhältnisse in das Beamtenverhältnis. Der Arbeiter wurde gewissermaßen Staatsfunktionär. So war es bei der preußischen Staatsbahn. Das ist anders geworden, sowohl bei der heutigen Reichsbahn wie bei der Reichspost: Es sind vererblichste Unternehmer der öffentlichen Hand, keine Staatsunternehmer. Ähnlich liegt es bei der Preußag. Auch die Kommunen in Deutschland gehen dazu über, ihre Unternehmungen zu vererblichständigen. Um vererblichständige Unternehmungen in diesem Sinne handelt es sich auch in Rußland, also nicht um Staatsunternehmungen.

Der „Oberste Volkswirtschaftsrat“ in der Sowjetunion ist die Generaldirektion der vererblichständigen Industrien der öffentlichen Hand. Der Vorkriegs ist zugleich Volkskommissar, also Minister im Kabinett. Seine Stellung entspricht etwa der des Reichspräsidenten in Deutschland oder früher des Reichsverkehrsministers vor der Internationalisierung der Reichsbahn. Wie für das ganze Reich den Obersten Volkswirtschaftsrat, gibt es für die einzelnen Republiken der Sowjetunion Volkswirtschaftsräte, gleichfalls mit Kommissaren an der Spitze. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat nicht nur Einfluß auf die unionseigenen Industrien, sondern auch auf die Industrien der einzelnen Republiken. Jede der einzelnen Industrien ist ein einheitliches vererblichständiges Unternehmen, etwa der Metallfrust, Lederfrust usw. Zu unterscheiden sind Unionfrust und Republikfrust. Beispielsweise ist der Jugo-Statfrust ein Unionfrust, die meisten Fruste gehören aber den einzelnen Republiken. Diesen Frusten unterstehen die einzelnen Betriebe. — Die Volkswirtschaftsräte gliedern sich in verschiedene Abteilungen, darunter auch eine statistische Abteilung, die sich mit Unternehmerfragen befaßt. Diese Abteilungen sind in den Verhandlungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen nicht etwa nachgiebiger als die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Deutschland oder die ihnen unterstellte Industrieverwaltung



Für Heim und Familie



Ein Kind ist uns geboren!

Weihnachtsnovelle von Friedrich Rafferoth.
Pierrot war jungverheirateter Chemann und glücklich. Beide hatten ihr Engagement bei demselben Unternehmen, seine Conzitta als Schlangenhändlerin. Sie warteten einer auf den andern, bis seine Nummer zu Ende war, dann gingen sie friedlich Arm in Arm heim in ihr Artisten-pensionat. Es gebürt nicht viel zum Glück eines armen Pierrot!

Er hatte ein Lachen wie das Trillern einer Lerche am frühen Morgen, obwohl Pierrot seine Lieder immer erst gegen Mitternacht — wo die Menschen nicht mehr auf die falschen Töne hören — sang. Seine Stimme schraubte sich zu einem grellen wirbelnden Diskant hinauf, wenn er beim Singen an Conzitta dachte, die hinter der Bühnentreppe verstaubt lauschte. Ob unser Pierrot etwa ein falscher war, gar kein echter?

Wußte sich Pierrot nach Schluß der Nummer die weiße Fettschminke vom Gesicht und nahm die Kinderkrause vom Hals, dann war er ein ganz vernünftiger Mensch wie jeder andere. In den Armen seiner Kolombine zu Hause vergaß er die falschen Leiden mit den falschen Tönen. Im Hintergrunde aber wartete das Schicksal mit seinen Fängen auf unsern lustigen Pierrot, denn warum soll es ein solch lustiger Bruder besser haben als die andern Sterblichen!

Am Abend nach einer Vorstellung war es, als Conzitta plötzlich den neben ihr schreitenden Pierrot am Arm festhielt und bat, ein Weibchen nur still zu stehen. Ihr kleines Gesicht war ganz weiß vor Schreck geworden, sie zitterte an allen Gliedern. Vom Leib her fühlte sie eine plötzlich einsetzende ungekannte Regung, die ihr bis hinauf ans Herz griff. Sie lauschte mit angehaltenem Atem. Und obwohl kein Mensch auf der nächstlichen Straße zu sehen war, hob sie sich auf den Zehen zu Pierrots Ohr hinauf und stärkerte ihm ihr großes Geheimnis zu, daß Pierrot Vaterfreuden zu erwarten habe.

Pierrots mandelförmige Augen warteten sich im ungläubigen Staunen; bis zu den Ohren zog sich das Lachen seines breiten Mundes. Er hob die leichte Conzitta federnd auf seine Arme und drückte ihr einen Kuß auf die Stirn. Liebermütig wie ein Kind, dem ein loser Streich geglättet ist, sprudelte er der Ueberraschten tausend dumme Narrheiten verliert ins Ohr.

Sie beschloßen, daß Conzitta ihre Stellung beim Varieté aufgeben sollte, aber der Direktor verstand sich nicht dazu. Ueber den Grund befragt, hatten sie überaus still geschwiegen, denn es war eine Bestimmung im Vertrag, die das Kinderkriegen auf legitime und illegitime Art verbot.

Doch litt die Harmonie der Verliebten nicht unter Conzittas Zustand, sie wurde im Gegenteil dadurch gehoben. Mit rührender Sorgfalt umgab Pierrot sein kleines Frauchen. Abends auf der Bühne wußte er in seinem Blick das Publikum so fortzujammern in fröhlicher Laune, daß sich seine bisher etwas steifmütig behandelte Nummer zu einem Hauptplatzler auswuchs. Der Direktor verdoppelte das Gehalt und wußte sich die seltene Kraft auf Monate hinaus zu sichern. Nun sollte Conzitta aber wirklich zu Hause bleiben, doch sie tat ihrem Mann den Gefallen nicht. Wenn er schalt, legte sie ihm beschwichtigend die Hand auf den Mund; ihr Zustand verbot es doch, die Zierliche zu reizeln. Die werdende Mutter sorgte bereits um das Kind des Pierrots, das heißt, für seine dunkle, ungewisse Zukunft. Sie schnürte sich; niemand von den Kollegen und Kolleginnen sah ihr etwas an.

Pierrot piffte noch lauter, je näher die Zeit heranrückte. Er hatte ja schon das Klopfen des neuen Wesens gehört, das als echtes Pierrotblut sich des Zwangs und der Hülle entziehen wollte, ehe es dazu Zeit war. Das unanständige Verstecken ihres Zustandes brachte den Körper der Frau in Aufruhr; abends blähte ihr Gesicht wie eine Rose. Mit Mühe nur konnte sie sich zuletzt noch bei der Vorführung aufrecht erhalten. Und ihr Mann ahnte und sah nichts von den Schmerzen, die sie verbar.

Der Winter kam heran. Die Nächte wurden immer kälter, die Heimwege für die junge Frau immer schwieriger. Pierrot freilich wünschte sich Glück, daß er es mit dem Engagement so gut getroffen hatte, hier in einer Stadt des nördlichen Italiens, wo die Luft leicht war, nicht so dick und schwer wie in seiner norddeutschen Heimat. Als besondere Veranstaltung hatte das Varietétheater ein Fest nach deutscher Sitte geplant. Eine riesige Zirkelfanne, aus dem Alpengebiet herbeigeschafft, breitete ihre weissen Feste über die ganze Bühne aus. Unzählige kleine, bunte elektrische Flammen blühten als Lichter an ihr, und die Künstler mit ihren Schauballetten wirkten wie Marionetten unter dem Baume. Pierrot fiel die Aufgabe zu, deutsche Weihnachts- und Kinderlieder in italienischer Uebersetzung vorzutragen. Es war eine Lust für ihn, das war doch selbstverständlich.

Sein Frauchen freilich hörte und sah nichts von den Vorbereitungen. Sie lag die Zeit über auf einer Chaiselongue in ihrer Garderobe, sie spürte die ersten zehenden Schmerzen, die wellenartig ihr von den Füßen den Leib hinauftrugen. Die Zeit lag doch eigentlich noch weit hinaus, meinte sie, aber sie hatte sich wohl verrechnet. Noch nie war ihr wie an diesem Abend der Widerwille gekommen, in ihrer Schlangennummer aufzutreten.

Draußen sang und piffte Pierrot. Das Theater war bis auf den letzten Platz gefüllt, das Kindererement war sehr stark vertreten. Alle hingen mit glänzenden Augen an dem ungewohnten Bilde der strahlenden Lanne und ließen sich von dem Zauber der volkstümlichen Weisen bestricken, die Pierrot sang. Auch im Artistenvolkschen war übermäßige Stimmung.

Laute Schreie ertönten plötzlich hinter der Bühne. Eine Garderobefrau winkte erregt gestikulierend aus einer

FRIEDE UND STURM.

Dem Weihnachtsfest ging der Ruhrkampf voraus. Die rücksichtslose Aussperrung von ungeheuren Massen leitete das Fest des Friedens ein. Es bebte in unserer Seele. Der Zauber des Weihnachtsfestes kann uns nicht über die Wirklichkeit täuschen. Die Welt ist nicht Friede. Die Welt ist nicht Liebe. Die Welt ist brutaler Egoismus, wirtschaftliches Herrtentum. Die Welt ist in der Welt eines solchen Gegenüberes der Klassen wird niemals Liebe, wird niemals Friede sein.

Die Sturmglöden des Klassenkampfes dröhnen in das Weihnachtszimmer unserer Kinder. Weihnachten ist Hoffnung; ohne Formung und Gestaltung des Daseins und ohne Kampf zu solchem Ziele wird der weihnachtliche Gedanke niemals Wirklichkeit sein.

2000 Jahre hat man das schöne Wort vom Frieden auf Erden gepredigt; 2000 Jahre vergaß man das andere Wort, das die Voraussetzung zu solchem Frieden auf Erden ist.

Wehe euch, ihr Reichen! So heißt es daneben und zugleich. Ihr könnt nicht Ost dienen und dem Mammon! Nur in einer mammonsfreien Welt kann Friede sein. Nur eine antikapitalistische Welt neuer sozialer Gestaltung des Zusammenlebens kann die Liebe des Menschen zum Menschen bringen.

Und so ruhen wir in das Friedensgelächte, das in diesen Unfrieden kapitalistischer Menschheitszerfälligkeit immer und immer wieder vergeblich hineinklingt! Wehe euch! Und so schreien wir in den Wirtschaftssturm, wie er da immer wieder bebte und bebte, an der Ruhr, bei den Werftarbeitern, in der Textilindustrie, im schiefen Bergbau und wer weiß, wo überall noch in nächster Zeit, da schreien wir hinein in diesen Sturm kapitalistischer Krise: Weg mit dieser Wirtschaftsordnung des Mammons! Ihr wirtschaftlichen Herrenmenschen habt den Dom der Menschheit zu einer Mördergrube gemacht! Hinweg mit euch!

Die Zeit ist zur gemächlichen Weihnachtsfeier der stillen Weltabgeschlossenheit nicht angetan. Der kleinbürgerliche Geist der Selbstzufriedenheit am Weihnachtsfeste packte in die vergangenen Jahre. Durchaltes soll uns der Gedanke des Friedens im Kampf. Durchseelen soll uns der Weihnachtsglaube im Handeln, in unserer Tat, in unserem Bunde, im solidarischen Massenschritt!

Kampf ist der eine, führende Gedanke, der herauszwingt aus dieser Welt des Hasses und der brutallsten Selbstsucht in die neue Welt der Freiheit und des Bruderglücks.

Seid einig, einig, einig! Und aus der Friedenswelt des Traumes wird der Friede der Wirklichkeit. Brüder reichen Brüder die Hand, und Kinderangen leuchten nicht nur unter strahlenden Bäumen. Und der Mensch liebt den Menschen. Der Mensch dient dem Menschen. Und alles Leben, dabei, bei der Arbeit und wo es auch sei, ist erfüllt von dem heiligen Friedensgedanken des Du, den wir heute nur stammeln und ahnen können!

Kullisse. Mitten in seinem Lied brach Pierrot ab und stürzte hinaus. Im Theater entstand Aufruhr wegen dieses ungewöhnlichen Abgangs. Andere Künstler traten auf, das Programm nahm seinen Fortlauf.

Im engen Verfolg des Ankleideraums kniete Pierrot in seiner weißen Tracht vor dem Lager Conzittas, die sich der eindringenden Flut der Wehen nicht mehr erwehren konnte. Ihre siedernden Hände hatten sich in seine Perücke verkrampft und zausten seine schwarzen Locken, als könnten sie aus ihnen Kraft und Widerstand erlangen. Kollegen und Kolleginnen drängten sich im engen Furchen. Jetzt schob sich prustend der gefreunde Direktor zwischen sie. Zum Glück war der Theaterarzt anwesend. Er sah sofort, was los war, und sorgte für die Entfernung der Neugierigen.

Der Direktor brüllte wie ein angeschossener Löwe. Er schrie den armen Pierrot an: was er da angerichtet hätte? Und wo er nun Ersatz für die ausfallende Nummer der Conzitta hernehmen sollte? Wann schob er ihn, als sich im Haus die Unruhe zu vergrößern drohte, einer plötzlichen Regung folgend, wieder auf? Pierrot mußte an Stelle seiner Frau einspringen.

Das Publikum begrüßte mit lautem Jubel das Wiedererscheinen seines Spaghachers. Und Pierrot sang. Er war nicht recht bei Sinnen, aber wer mochte das aus seinen überhimmlichten Zügen herauslesen. Wie hatte er seine deutschen Weihnachtslieder inliger gesungen, wie in diesem Augenblick, wo Glück und Unglück in seinem Leben die Wage sich bielten; sie waren wie ein Gebet auf seinen Lippen. Unausführlicher Welsfall forderte immer neue Zugaben. Dem Direktor wurde es ordentlich leicht, daß das Programm so glatt abließ. Da kündete ihm der Arzt lachend das freudige Ereignis. Und der Direktor hatte einen Einfall, zu dem er sich selber die Hand schütteln mochte.

Er tritt plötzlich hinter den singenden Pierrot auf die Bühne, verbeugt sich gegen das Publikum und trägt auf einem Kissen ein etwas, das er feierlich dem Pierrot in die Arme legt. Und aus dem weißen Wattemantel einer

Theaterkönigin quillt auf einmal ein Stimmchen, sehr und doch durchdringend genug, daß es den großen schweigenden und kummenden Raum bis zum letzten Platz füllt. Es ist der erste Lebensschrei des neuen Weibbürgers, des kommenden Pierrots.

Der andere Pierrot ist mitten auf der Leiter seiner hohen Töne steden geblieben. Und jetzt ist es, als ob er unter der leichten Last auf seinem Arm schwänke und fallen will. Diese Pause benutzend, verbeugt sich der Direktor wieder gegen das Publikum und kündet mit durchdringender Stimme die neue Programmveränderung an: daß soeben die berühmte Schlangentänzerin Conzitta im Laufe von einem gefunden Knäblein entbunden sei und darum nicht auftreten könnte.

Unten raft das Haus vor aufer Laune und kann sich nicht fassen vor Verwunderung über die Geschicklichkeit der fremden Künstler, die es sogar verstehen, naturwidrige Vorgänge des Lebens zu einem Programmpunkt des Theaters zu machen. Pierrot aber lacht unter Tränen, als wäre es seine größte Leistung gewesen, seiner Kolombine zu diesem Erfolg zu verhelfen.

Spaßen auf dem Telegraphendraht.

Von Alfred Auerbach.

Der Spaß Hans Ehrlich lag mit seiner Gattin auf dem Telegraphendraht.

Frau Ehrlich horchte aufmerksam auf die Depeschen, die durch die Röhren summt. Die Spägin, die mit dem Mädchenamen Kafeweis hieß, fand die Nachrichten sehr interessant.

Herr Ehrlich aber hob die Füßchen und sagte: „Anna, wir wollen fortflegen. Die Menschen lügen so viel. Ich halte den Schwundel nicht aus. Es prickelt mir in den Beinen. Das halten meine Spagennerven nicht aus.“

Die Spägin fand die Sache nett.



„Was willst du denn? Ich höre gern an, was die Leute da telegraphieren. Es ist so spannend. Es ist interessant.“

„Es ist aufregend“, sagte der Gatte.

„Du hast keinen Sinn für Realitäten“, sagte die Gattin, die dies Wort einmal in einer Zeitung gelesen hatte.

„Ich bleibe sitzen!“

„Ich fliege fort!“

Der Spaß Hans Ehrlich slog zu seinem Nest und erzählte den Kindern:

„Muffi kommt noch lange nicht heim. Sie hockt auf dem Telegraphendraht und hört zu, wie die Menschen sich belügen.“

Die kleinen Spaghen piepften, daß ihnen das egal sei, daß sie Hunger hätten und gefüttert sein wollten. Sie seien moderne Kinder und wüßten, daß die Eltern die Pflicht hätten, ausreichend für die Kinder zu sorgen.

Also slog der Herr der Familie noch einmal fort und sorgte für das Abendessen.

Die Gattin kam nicht.

Dann machte er auch noch das Nest zurecht und pieppte die Kleinen in den Schlaf.

Frau Ehrlich kam erst spät zurück und wußte soviele Neuigkeiten, daß Herr Ehrlich nicht ans Schlafen konnte.

Er antwortete nicht.

Seine Frau pieppte:

„Du hörst nicht einmal zu!“

„Du bist gegen alles gleichgültig, was vorgeht!“

„Du bist ein Egoist! — Du bist geistig träge!“



„Woju habe ich eigentlich so einen Mann geheiratet?“

„Außerdem bist du unhöflich!“

Dann schlief sie ein.

Herr Hans Ehrlich konnte nicht einschlafen. Er hatte angestrengt über das Problem der Ehe nachzudenken...

